

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für **Pressburg**: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In **Pressburg** abonniert man bei der **Administration: Apponigasse Nr. 10.** — **Auswärtige Abonnenten** abonniren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. **Inserate** werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeitspalte bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedwöchentliche Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unverfegelte Reclamationen wegen nicht erhaltenen Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — **Redaction:** Michaelerthor Nr. 164.
Inserate für Wien werden nur angenommen bei Herrn Philipp 166, Wollzeile Nr. 2.

Nr. 21.

Dienstag 27. Januar 1874.

III. Jahrgang.

Die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe in Oesterreich.

¶ Bevor man die Einzelheiten dieser Regierungsvorlage einer Besprechung unterzieht, muß vor Allem versucht werden, die Frage zu beantworten, welchen denkbar vernünftigen Zweck dieselben haben können? Denn es würde selbst gegen den sehr bescheidenen Grad von Hochachtung verstoßen, den wir vor dem Ministerium Auersperg zu hegen veranlaßt sind, wenn wir von vorn herein annehmen wollten, daß absolut gar kein vernünftiger Grund denkbar sei, formell einen bilateralen, auf immerdar abgeschlossenen Vertrag für aufgehoben zu erklären, dessen hohe Contrahenten sogar noch beide am Leben sind. Wenn der Reichsrath dasjenige Maß von Ehrfurcht vor der erhabenen kaiserlichen Würde besitzt, welches jeder loyale Unterthan sich zu conserviren verpflichtet ist, für welches aber dasjenige Vertrauen kein Gefühl zu haben scheint, so müßte er unanimiter die Aufrechterhaltung eines Vertrages fordern, von dem die kaiserliche Majestät bei Ihrem kaiserlichen Worte gelobt hat, ihn treu aufrecht zu erhalten und kein Zuwiderhandeln gegen ihn zu dulden. Denn was ist die moralische Basis einer monarchischen Staatsordnung anders, als das unerschütterliche Vertrauen der Unterthanen auf die Rechtsachtung des Monarchen und das religiös-sittliche Durchdrungensein derselben von der Verpflichtung, ebensolche treue Rechtsachtung auch ihrerseits zu bewahren? Was will also mit dieser Vorlage erzielt werden? ist sie gegen die Monarchie oder gegen die Kirche gerichtet? will man den Thron oder den Altar damit erschüttern? Oder fehlt jede ernste Ueberlegung dessen, was man thut? Ist etwa die Vorlage nichts, als ein trüber Ausfluß jener frivolsten Charakterlosigkeit, welche durch die herrschende Mode sich angeeignet fühlt, auch ihrerseits eine kleine Hez zu arrangiren; zur Belustigung der liberalen, gottentfremdeten Meute mit der Kirche, der Braut Christi, sich einen Jux zu machen? Diese Minister, sind das Staatsmänner, welche die Geschichte ihres Vaterlandes lebendigen Geistes erfaßt haben, welche die wahren Bedürfnisse seiner Völker kennen, welche den hohen, den unendlichen Werth der Religion für das Zusammenhalten des Reiches zu ermessen wissen oder sind es unwissende Charlatans, denen jedes Verständniß für das Wirken geistiger Elemente, sittlicher, historischer Ideen abgeht, die nichts verstehen, als in blöder Popularitätsucht Dem zu folgen, der gerade am lautesten schreit? Aus dem, was jetzt vorliegt, aus den Gesetzentwürfen selbst, ist mit dem besten Willen nicht zu erkennen, welchen denkbaren Nutzen sie haben können, welchem praktischen Bedürfnisse damit abgeholfen werden soll. Es wird zur Erlangung kirchlicher Aemter und Pfründen der Besitz der österr. Staatsangehörigkeit gefordert. Wozu diese Bestimmung?

Ist vielleicht der Andrang von Ausländern zu den miserabel dotirten österr. Kirchenstellen so groß? ist etwa eine Abundanz von inländischen Aspiranten vorhanden, daß man jede ausländische Concurrenz vorsorglich ausschließen müßte? Ist etwa die Blüthe der österr. Wissenschaft im Allgemeinen, die Intelligenz, Tüchtigkeit, Sittlichkeit so sublim, daß sie durch einen ausländischen Zusatz nur gehindert werden könnte? Wir sehen doch sonst in allen Fächern menschlicher Thätigkeit, in Wissenschaft, Kunst, Technik, daß Ausländer mit Vorliebe in Verwendung genommen werden; warum soll das der Kirche versagt sein? Das Bedürfniß wird auch in ihrem Gebiete vorhanden sein, sonst hätte wohl nicht seinerzeit ein so seichter Bücherfabrikant wie Dr. Friedrich Schulte eine canonistische Celebrität und k. k. österr. Ritter werden können. Die Bestimmung ist also nicht nur ganz überflüssig, weil gerade in kirchlichen Aemtern zweifellos viel weniger Ausländer sich finden, wie in andern; sie ist ungerecht, weil sie der Kirche etwas verbietet, wovon selbst jede Eisenbahngesellschaft den umfangreichsten und — nebenbei gesagt — nützlichsten Gebrauch macht. Hierbei ist noch ganz davon abgesehen, daß der Staat nicht das mindeste Recht hat, der Kirche in ihrem eigenen souveränen Gebiete vorzuschreiben, wen sie für ihre Zwecke in Verwendung bringen will. Es ist diese Bestimmung nichts Anderes, wie ein abgeschmackter Abklatsch eines Preussisch-Bismarckschen „Gesetzes.“

Die §§. 2, 3, 4 handeln von der Pfründenverleihung. Die Anzeige einer Verleihung durch den Bischof, wo sie mit dem staatlichen Wirkungskreise in Berührung kommt, ist auch bisher immer geschehen, und wo der Staat in vernünftiger Eintracht mit der Kirche lebt, steht der Anzeige auch gar nichts entgegen. Wenn der Staat aber darauf — wie das hier geschieht — ein willkürliches Einspruchsrecht gründen will, oder die Institution des Geistlichen von seinem Beneplacitum und seiner stillschweigenden Einwilligung abhängig macht, so kann sich die Kirche dem nicht unterwerfen, ohne sich auf die schiefe Ebene zu begeben, auf welcher kein Halten mehr ist. Sie würde dem Josephinismus verfallen, der sie schon einmal in Oesterreich in eine so klägliche Lage gebracht hat, daß der allgemeine sittliche Ruin die Folge davon war.

§. 6 will den Staatsbehörden das Recht verleihen, eine kirchliche Pfründe als erledigt zu erklären, wenn der Inhaber von ihnen einer „strafbaren Handlung“ für schuldig erkannt wird. Wenn der Clerus in Oesterreich sich nicht in die verächtliche Lage einer schwarzen Gensdarmarie versetzen lassen will, so kann er diese Bestimmung nicht über sich ergehen lassen. Denn nach den neuen liberalen Gesetzen ist es in vielen Fällen eine „strafbare Handlung“, wenn der Priester, dessen Pflicht es ist, die Gebote Got-

tes und der Kirche zu predigen, dies gewissenhaft und ohne Menschenfurcht thut. Und einen solchen Priester sollte der Bischof absetzen oder seine Absetzung durch den Staat geschehen lassen?

§. 15 vindicirt dem Staate das Recht, nach seinem Gutbefinden den öffentlichen Gottesdienst zu verbieten, zu welchem Zwecke eine Aenderung desselben ihm angezeigt werden muß. Die Kirche hat stets jedem vernünftigen, auf praktisches Bedürfniß gegründeten Wunsche der weltlichen Obrigkeit bereitwilliges Entgegenkommen bewiesen, ohne daß ein Rechtsanspruch derselben darauf zugegeben werden darf. Es liegt daher nicht das mindeste Bedürfniß für ein solches Gesetz vor, welches nur einer unaufhörlichen Seccatur seitens der österr. Bureaokratie, welche durch ihren unkirchlichen Sinn bekannt ist, Thor und Thür öffnen würde.

§. 16, welcher vorschreiben will, in welchen Fällen von der kirchlichen Amtsgewalt Gebrauch gemacht werden darf und in welchen nicht, ist geradezu eine Absurdität, welche nur in dem stupiden Kopfe eines bornirten Bureaokraten gezeugt sein kann. Gottlob! die Kirche entnimmt die Vorschriften für ihre Gewalt, zu binden und zu lösen, nicht aus dem Codex irgend eines weltlichen Rechtes oder gar irgend einer Parlaments-Abstimmung. Wir Katholiken erkennen in Sachen unseres Gewissens einzig und allein das Gesetz Gottes an und nur nach diesem Gesetze kann die Kirche in Oesterreich, wenn sie ferner, wie selbstverständlich, ein Zweig der allgemeinen Kirche sein will, ihres heiligen Amtes walten.

§. 22, welcher staatlich die Stolltagen reguliren will, ist nichts wie eine Secatur. Die Stolltagen sind in Oesterreich so höchstunbedeutend, daß sie auch den Ärmsten nicht drücken. Von viel größerer praktischer Wichtigkeit wäre es, wenn der Staat seine Steuern ermäßigen möchte, welche „den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen“ wenigstens beim Handwerker und Landmann schon längst in keiner Weise mehr entsprechen.

Dies sind ungefähr die wichtigsten Bestimmungen des I. Gesetzentwurfes. Wir sehen da wieder mit Bedauern, wie ein Staat, dem es weitans an der intellectuellen und moralischen Befähigung mangelt, den ihm selbst gestellten Aufgaben gerecht zu werden, auf deren pflichtmäßige Erfüllung das Volk gerechten Anspruch hat, den Versuch macht in eben so frivoler, wie thörichter Weise in ein Gebiet einzugreifen, für welches ihm jede Competenz und Befähigung fehlt.

Und warum? Darüber werden uns wol die Reichsraths-Unterhandlungen Aufschluß geben. Es wird hoffentlich noch so viel Mannhaftigkeit in der Opposition sich finden, daß sie das Ministerium zwingt, zu bekennen, ob es diese Gesetzentwürfe auf Befehl Bismarck's eingebracht hat oder auf Befehl des liberalen Gaunerthums, welches eine Kirchenheze insceniren will, um

unter dem Tumulte dem Volke die Taschen aus-
zuplündern — insoweit ihm etwa der „volks-
wirtschaftliche Aufschwung“ noch Etwas drin
gelassen hat.

Politische Uebersicht.

Preßburg, 24. Januar.

In Oesterreich stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. d. M. unter anderen, minder wichtigen Gegenständen auch die erste Lesung der confessionellen Gesetzesentwürfe. Dieselben liegen jetzt im Wortlaute vor, sammt umfangreichen Motivenberichten. Wir kommen auf Beides zurück. Für heute sei nur bemerkt, daß sie wohl in manchen Dingen einzelne Bestimmungen des Concordats und die bisher befolgte Praxis beibehalten, während sie in andern Angelegenheiten, besonders in Bezug auf die Befestigung der Pfründen ganz unstatthafte Neuerungen einführen, daß aber die Bischöfe selbst das, was dem früheren Inhalte des Concordats entspricht, jetzt nach förmlicher Aufhebung des Concordats, aus der Hand des Reichsraths und der Regierung nicht annehmen können, weil eben diesen keineswegs die oberste Gesetzgebung in der Kirche zusteht, das liegt klar am Tage. Möchten auch die Gesetze, welche diese unberechtigten und incompetenten Factoren der Kirche geben, noch so gut sein, so würden sie doch an dem Gebrechen leiden, daß sie von einer hiezu nicht berechtigten Gewalt ausgegangen sind, es würde ihnen der Mackel der Usurpation ankleben. Der oberste Gesetzgeber in der Kirche ist der Papst und nicht irgend ein Cultusminister. Was der Papst thun darf, das darf eben darum der Cultusminister nicht thun.

In Preußen hat der König Wilhelm einen Brief an den „Bischof“ Meinkenens gerichtet, welches die Vermuthung wahrhaftig, daß dieser Apostel noch zu wichtigen Dingen, etwa für den allheiligsten Bischofsstuhls in Fulda ausersehen ist.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestreitet, daß die französische Regierung bei ihren letzten Maßnahmen (Unterdrückung des „Univers“ u. s. w.) einem Drucke von Außen nachgegeben habe. Keine dieser Maßnahmen sei Gegenstand eines Verlangens Seitens Deutschlands gewesen. Das französische Ministerium, lediglich vom Gefühl seiner Würde geleitet, (?) handelte in Erwägung der französischen Interessen vollkommen freiwillig. Die deutsche Regierung hatte sich vorbehalten, nach Maßgabe der französischen Gesetze gegen die französischen Bischöfe wegen Majestätsbeleidigung einzuschreiten. Es bleibe abzuwarten, ob die Gemüthung ausreichend ist, um solcher Schritte nicht zu bedürfen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat das Zivilgesetz in dritter Lesung mit 284 gegen 95 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Polen und das Centrum. Bei den in den letzten Tagen stattgehabten Wahlen haben die Sozialdemokraten wieder einen Sieg erröthet; und im Wahlkreise Solingen ist der Centrums-Candidat von Schorlemmer Alst gegen den Nationalliberalen Klöppel unterlegen.

In England hat Lord Gladstone dessen Stellung immer mehr ins Wanken gerieth, von der Königin die Erlaubniß zur Auflösung des Parlamentes erbeten und erlangt. Die Wahlen beginnen sofort und das neugewählte Parlament wird am 5. März zusammentreten. — Bei dem am 27. d. M. stattfindenden, vom englischen Protestantenverein veranstalteten Sympatiemeeting für die Bismarck'sche Kirchenverfolgung wird Carl Russell aus Gesundheitsrücksichten den Vorsitz doch nicht führen, sondern Herr Murray, der Präsident des englischen Protestanten-Vereins. Damit ist dem Meeting trotz des Briefes Russells, in welchem er Bismarck als den Repräsentanten der Freiheit und den Papst als den Repräsentanten der Sklaverei bezeichnet, die politische Spitze abgebrochen. Die englischen Katholiken bereiten übrigens mit ihren Bischöfen an der Spitze imposante Gegenmeetings vor.

In Polen ist an Stelle des verstorbenen Statthalters Grafen Berg nicht, wie es anfänglich hieß, der Großfürst Constantin und auch nicht der Kantakuzinow, Fürst Bariatinskij, sondern der Generalgouverneur von Neu-Rußland,

Generaladjutant Kosobue zum Generalgouverneur von Warschau ernannt worden.

Am 23. Juni hat in St. Petersburg unter großem Pomp die Trauung des Herzogs von Edinburgh mit der Großfürstin Marie nach russischem und anglikanischem Ritus stattgefunden. Die Trauungszeremonien dauerten drei Stunden. 101 Kanonenschüsse wurden während derselben abgefeuert.

Original-Correspondenzen des „Recht.“

p. f. Raab, 24. Jänner. Das unsere Stadt ein bedeutendes Contingent jener Leute liefert, die sich das auserwählte Volk des Herrn nennen, ist bereits allbekannt und es ist diese beneidenswerthe Bevorzugung leicht begreiflich, wenn man die commerciellen Vortheile, die diese Stadt schon vermöge ihrer günstigen geographischen Lage bietet, in's Auge faßt.

Auch haben sie sich diese Vortheile so sehr zu Nutzen gemacht, daß sie Handel und Gewerbe am hiesigen Plage beherrschen und beinahe einzig und allein in Händen haben, den Christen nur mehr den sperlichen Verdienst durch Hände Arbeit und ein kümmerliches Dasein überlassend. Den Umstand, wie weit diese nimmergoldblatten Nachkommen Israel's in ihrer Gehäßigkeit und Habgucht gehen, will ich durch folgendes Erlebnis etwas näher illustriren und es möge dann jeder die weittragenden Tendenzen dieser Klasse selbst beurtheilen.

Es war an einem schönen Herbstabende des Jahres 1873 als mich mein Weg über den großen Platz führte, und ich trat in den dem Benediktiner-Kloster gegenüberliegenden Tabakladen, um mir eine Cigarre zu kaufen, wo ich Herrn S...n traf dessen Exterieur schon allein das unlängbare Zeugniß seiner Abstammung ist.

Die scheidende Sonne beleuchtete eben das Klostergebäude und ließ die beiden schönen Thürmtreue im vollsten Schmuck ihres Goldschimmers glänzen, was mich zu der Bemerkung veranlaßte, daß das Benediktiner-Kloster die schönste Zierde des Platzes sei. — Diese an und für sich gewiß unschuldige Bemerkung schien besagten Herrn S...n sehr unangenehm zu berühren, denn er erwiderte darauf mit verbissenem Ingrimm:

„Na die Zeit ist auch nicht mehr ferne wo wir eine Batterie hier aufzuführen und dieses Pfaffenstübchen über den Haufen schießen werden, so wie auch das Bischofsstübchen; dann wird man diesen Leuten ihre angehäuften Schätze nehmen und dem Volke vertheilen.“

Dies bewog mich natürlich, diesem wackeren Jünger des Communismus, der sich als so entschiedener Petroleur documentirte, klar zu machen, daß es ihm besonders als Studirten des Rechtes gar nicht zur Ehre gereiche, so verworrene Rechtsbegriffe an den Tag zu legen, und er dadurch nur überhaupt jeden Bestehenden in Frage stelle, was dann ebenso berechtigen würde, jedem reichen Juden sein erworbenes oder ererbtes Gut einfach wegzunehmen und an Unbemittelte zu vertheilen.

Dem der Rechtfertigung der Kirchengüterconfiscationsaktion, dem idealen Traume dieser Menschenbeglückter, fehle jede Basis, und das auch im volkswirtschaftlichen Interesse, da mit der Confiscation der Kirchengüter die letzte Stütze des ohnedem mageren Nationalwohlstandes untergraben würde, so wie sich auch ihr gemeinnütziger Zweck und Veruß nicht laugnen lässe. Denn wie viele Familien des Verwaltungspersonales finden da nicht nur eine gute sondern sogar glänzende Existenz, wie viele Handwerker ihren Verdienst, wie viele Arme und verächtliche Dürftige ihre reichliche Nahrung und Unterstützung. Also gewiß verliert der Staat nicht's daran und ist dem gemeinnützigen Zwecke besser entsprochen, als wären alle diese Güter Staatseigenthum, da wenigstens bis heute die Verwaltung der verschiedenen Staatsdomänen noch keinen gegentheiligen Beweis zu liefern vermochten.

Schließlich bemerkte ich ihm, daß eben der größte Finanzier ihrer Leute diese Frage auf's Trefflichste beleuchtet habe.

Baron Rothschild kam gelegentlich einer festlichen Tafel neben einem Herrn zu sitzen, der eben falls zu den Bekennern des Communismus zählte, und die unmittelbare Nähe dieses mächtigen Geldmannes mochte auf ihn so irritierend wirken, daß er seine Ansichten unumwunden äußerte.

Baron Rothschild der eine Zeit lange ruhig zugehört hatte, fragte ihn endlich:

„Mein Herr, wie viele Einwohner zählt der österreichische Staat?“

„Nun bei 40 Millionen.“

Und wie hoch schlugen sie mein Privatvermögen an?“

„Wie man sagt, bei 40 Millionen.“

Der Baron griff gelassen in seine Rocktasche, zog aus einem wohlgefüllten Portfeuille einen Gulden, überreichte selben dem Herrn und sagte:

„Nun denn, somit kommt auf jeden Einzelnen 1 fl.; sie sind hiemit ausbezahlt und haben nichts mehr mitzureden.“

Diese Erzählung schien auch auf Herrn S...n ihre Wirkung zu machen und nach einem wahr-scheinlichen Calcule, daß die auf ihn entfallende Quote der Gütergemeinschaft kaum ausreichen dürfte ein spärliches Nachtmahl zu bezahlen, ging er seine Wege und ich bestritt der untergehenden Sonne das Recht, ihm heimgeleuchtet zu haben.

+ Berlin, 20 Januar. Nachdem das Abgeordnetenhaus die dritte Berathung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung zu Ende geführt hatte die Abstimmung, und zwar eine namentliche, wird erfolgen, wenn die Zusammenstellung der in der dritten Berathung vorgenommenen Aenderungen der zweiten Berathung gemacht sein wird, wurde die Berathung des Stats fortgesetzt. Titel 12 des Stats für das Bureau des Ministeriums fordert einen Dispositionsfonds von 31,000 Thlr. für allgemeine politische Zwecke. Der Abgeordnete Richter (Hagen) ergriff das Wort und sprach heftigen Tadel aus gegen die Regierung, daß sie mit Hilfe ihrer geheimen Fonds in unerlaubter Weise die ihr ergebenden Blätter unterstütze: sie werde diesen Blättern die Inserate zu, erziehe aus ihren Fonds die Cautionen, bezahle den Redacteur u. s. w., kaufe Blätter an und schiebe Strohmannen als Eigenthümer vor, sie trete ein in den Kampf der Parteien und das thue sie verummunt, eine große Zahl von Blättern würde von ihr unterhalten in Berlin, namentlich in den neuen Provinzen: in Kiel habe ihr ein Blatt 65,000 Thlr. gekostet und sie habe durch dieses Blatt doch nur der dortigen Landespartei genügt; auch andere deutsche Staaten, namentlich die südlichen, suche sie durch ihre Blätter zu beeinflussen; selbst im Auslande suche sie in solcher Weise Einfluß zu üben. (Bismarck war zugegen, that aber, als kümmerer er sich um den Redner nicht: er blätterte in allerlei Papiere und las.) Darum sängen aber auch diese Blätter fuhr Richter fort, ihr Alleluja zum Preis der Minister, die den Schlüssel zu den Fonds besitzen. Dann ging Richter auf den Welfenfonds über. Bismarck fing an, mit Lasker zu conferiren. Dieser sitzt nämlich rechts von der etwas erhöhten Ministerbank, die von den Plätzen der Abgeordneten durch eine Brüstung getrennt ist.) Sechszehn Millionen beträgt allein der Welfenfonds, sagt Richter, abgesehen von dem sequenzirten Vermögen der Kurfürsten von Hessen, die er geben jährlich 720,000 Thlr. Zinsen. Richter kann nicht glauben, daß diese Summe aufgezehrt wird, wie das Ministerium glauben machen will, durch die Abwehr feindlicher Unternehmungen. Wir müssen Stellung nehmen, sagt er, zu dieser Sache: die Regierung muß Rechnung legen, das Sequestrationsgesetz schließt bloß die Rechnung gegen die depossedirten Fürsten aus, nicht die Rechnungslegung gegen das Land. Nach langer Unterredung mit Bismarck geht Lasker zum Präsidentenstuhl und meldete sich, wie es scheint, zum Worte.) Richter stellt einen darauf bezüglichen Antrag in Aussicht. Windthorst Meppen erklärt, er könne die Forderung der 31,000 Thlr. nicht bewilligen, da die Regierung in der maßlosesten Weise in die Parteien eintrete, da sie die heiligsten Interessen eines großen Theils der Bevölkerung angreife; der ganze Conflict wegen des Welfenfonds könne nicht gelöst werden durch Rechnungslegung, sondern nur durch Aufhebung der Beschlagnahme, dadurch allein könne das Unrecht gesühnt werden. (Bismarck, der bis dahin immer gelesen hat, geht.) So aber dürfen diese Reventien nicht verwendet werden. Nach ihm erhält Lasker das Wort. Bismarck erscheint wieder, liest nicht, sitzt auch nicht einmal, sondern steht, hingewandt zu Lasker.) Im Jahre 1868, meint

Kaiser, war es recht, wenn Zweifeln das Ministerium wegen der Verwendung des Welfenfonds angriff; denn damals, so erklärte er ausdrücklich, war das Ministerium gegen die liberale Partei; jetzt aber ist es für uns, darum ist es recht, daß es diese große Summe so verwendet, wie es thut. So ist der Liberalismus. Mag das Ministerium alle Fonds gebrauchen, alle Macht anwenden gegen die andern politischen Parteien, der Liberalismus spricht seinen Segen dazu. Ueber die Forderung der 31,000 Thlr. wurde namentlich abgestimmt: es stimmten 346 Abgeordneten, davon 205 mit Ja, 141 mit Nein. Also die gefügigen Liberalen haben zu dem gewaltigen Welfenfonds noch die Summe von 31,000 Thlr. hinzugefügt, über die keine Rechnung gelegt wird, die möglicherweise gegen die Katholiken verwendet werden.

Tagesneuigkeiten

** (Die gestern abgehaltene General-Versammlung) des „Unterstützungs-Vereins“ am hiesigen katholischen Ober-Gymnasium, lieferte ein recht erfreuliches Bild des fortschreitenden Gedeihens und Aufblühens des Vereines. Laut dem uns vorliegenden und mit Schluß 1873 gefertigten Ausweises betrug: Das Gesamtvormögen am 31. Dezember 1873 6711 fl. 5 kr. Das Stiftungskapital erhielt im Jahre 1873 den erfreulichen Zuwachs von 1107 fl. 98 kr. Von den im Jahre 1873 verausgabten 372 fl. 71 kr. wurden angewendet: a) Zur Unterstützung von 38 fleißigen und armen Schülern 321 fl. 28 kr. b) Als Regieauslagen 11 fl. c) Als Kassaerhalt 28 fl. 23 kr. Das Vereinsvermögen hat um 1371 fl. zugenommen. Mittlerweile sind seit 1. Januar d. J. noch weitere namhafte Spenden eingelassen. Um auf den Verlauf der gestrigen General-Versammlung zurückzukommen, so wurde dieselbe durch den Vorsitzenden des Ausschusses Herrn Ludwig Ollé mittelst Verlesung einer Zuschrift eröffnet, in welcher Sr. Hochwürden Herr Bischof und Propst Dr. Hyacinth Monay dankend erklärte, das Ehrenamt eines Protector des Vereines annehmen zu wollen. Die Versammlung beschließt, mittelst einer Deputation, Sr. Hochwürden hiesfür zu danken. Eine längere Debatte, an welcher sich u. A. Herr Direktor Wiedermann, Hr. Stefan von Burian und Hr. Gerichtsrath Hofstinsky theilnehmen, ruft die Verlassenschaftsangelegenheit des in der Diner Irrenanstalt verstorbenen Herrn J. Bedö hervor. In einem ersten Testamente hatte der verstorbene nämlich den größten Theil seiner Vermögens dem „Unterstützungs-Verein“ hinterlassen, in einer zweiten späteren Willensmeinung jedoch diese Bestimmung dahin abgeändert, daß die betreffenden Summen für wohlthätige Zwecke im allgemeinen verwendet werden möge und mit der Ausführung dieses letzten Willens Sr. Hochw. den Hrn. Stadtpfarrer C. Heiller betraut. Nach reiflicher Ueberlegung und eingehender Untersuchung des Sachverhaltes empfiehlt der Ausschuss folgenden Antrag der Generalversammlung zur Annahme: Die Versammlung möge beschließen, eine Deputation an Sr. Hochwürden Herrn Stadtpfarrer Heiller zu entsenden, um denselben zu ersuchen, namentlich in Anbetracht der Bestimmungen des ersten Testaments auch dem „Unterstützungsverein“ eine namhaftere Summe aus der Verlassenschaftsmasse zuzulassen zu lassen. Wird angenommen. Auf Antrag des Herrn Directors Wiedermann beschließt hierauf die Generalversammlung, sowohl im Wege der Presse, wie durch directe Zuschriften den herzlichsten Dank des Vereines an alle jene Wohlthäter gelangen zu lassen, die sich die Unterstützung armer Studirenden nach den verschiedensten Richtungen hin angelegen sein lassen. Es sind dies außer einigen Privatpersonen, wie z. B. Herr v. Palugyay, auch die Klöster der P. P. Franziskaner, Kapuziner, der e. B. der Gesellschaft Jesu u. s. w. Zum Schluß der Versammlung wird auf Antrag des Herrn G.-M. Hofstinsky dem bisherigen Ausschuss für sein so eifriges und erfolgreiches Wirken nicht nur der Dank der Gen.-Versammlung votirt, sondern der gesammte Ausschuss einstimmig und mit Aklamation auch für das Jahr 1874 wiedergewählt.

** (Der Preßburger kath. Patronats-Ausschuss) hat anlässlich der, behufs stufgemäßer Restaurirung des dortigen Domes, ihm Seitens Sr. Majestät des Königs gewordenen

Anweisung eines Unterstützungsbeitrages von 10,000 fl., für diesen allerhöchsten Gnadenakt seinem tiefgefühlten Danke Ausdruck verliehen, und gleichzeitig dem Herrn Minister Tresort, dem warmen Protector dieses historischen Werkes durch dessen Befürwortung die Fortführung der Restaurirung ermöglicht wurde, gedankt. Der Patronatsausschuss erklärte zugleich, daß er, dem Wunsche des Ministers gemäß, es als seine angenehme Pflicht betrachten werde, ungar. Künstler bei der Restaurirung zu verwenden, und seinerzeit über die Verwendung jenes Betrages Rechenschaft zu geben.

** (Hermann Höschell), der ehemalige langjährige Redakteur der st. „Preßburger Zeitung“ mußte vorgestern Mittag wegen Geistesstörung in das Beobachtungszimmer in das Landeskrankenhaus gebracht werden.

** (Ausnahmsweise) machen wir unsere Leser auf ein heutiges Inserat unseres Blattes aufmerksam in welchem das coulant Borgehen der Versicherungsgeellschaft „Europa“ hervorgehoben wird. In unseren Zeiten allgemeinen Schwindels, dem selbst einige der anscheinend solidesten Unternehmungen und Gesellschaften mehr oder minder unterworfen sind, dient es dem Publikum zur doppelten Beruhigung, wenn die unabhängige Presse auf ein torrettes Gebahren hinweisen kann.

Telegramme des „Recht.“

Wien, 26. Januar. (Sitzung des Abgeordnetenhauses.) Der Justizminister bringt einen Gesetzentwurf, betreffend Commanditgesellschaften auf Actien und Actiengesellschaften, zur verfassungsmäßigen Behandlung ein. Die vier confessionellen Vorlagen werden dem ständigen vier- und zwanziggliedrigen confessionellen Ausschuss zugewiesen.

Brüssel, 26. Januar. Der „Etoile Belge“ und andere Journale melden, daß Bismarck wiederholte Vorstellungen nach Brüssel richtete, in welchen er sich über die Haltung des kathol. Clerus und die Sprache der belgischen Blätter beschwert.

Genilleton.

Baltasar Horváth.

(Von Káka Aranjos.)

(Schluß.)

Széchenyi nannte einmal Kossuth: Misericordianer.

Ich hoffe, daß Herr Horváth sich geehrt fühlen wird, wenn ich sage, daß dieser Name auch auf ihn außerordentlich paßt.

Die entsprechenden Reigungen äußerten sich bei ihm anlässlich einiger beabsichtigter, aber niemals zu Stande gekommener und gelegentlich einiger verworfener und diverser angenommener Gesetzentwürfe.

Zu den ersteren gehört der fromme Wunsch nach Abschaffung der Todesstrafe. Zu letzteren die faktische Abschaffung der Prügelstrafe eine Maßregel, deren Anzeite er nicht nur nicht erkannte, sondern mit dem Bedauern akzeptirte, daß er sich diesbezüglich von Trányi den Vorprung abgewinnen ließ.

Es sind das überhaupt ganz sonderbare Käuze diese gesetzgebenden Misericordianer. Sie sind es, welche auf Kosten des ehelichen Staatsbürgers ja mit Gefährdung seines Lebens und Eigenthums, die Mißthäter verzärteln und hätscheln, zum Schaden der Herrschaft treulose Dienstboten und Vagabunden in Schutz nehmen; — sie sind es die niemals hinlängliche Garantien ausfindig machen können zum persönlichen Freiheitsschutz der Herrn Diebe und Räuber und zur Wahrung der Menschenwürde der zum Kerker verurtheilten Sträflinge — und welche die Gefängnisse zu gesuchten und bequemen Zufluchtsorten allerlei Kaudgesindels machen. — Das Herz dieser falschen Humanitätsapostel wird windelweich, ob des traurigen Schicksals des Mörders, für die Leiden des Opfers jedoch haben sie weder Sinn noch Verständnis. Es ist das mit einem Wort eine Sorte von Leuten, welche um alles in der Welt nicht revolutionär sind, aber aus lauter Weichherzigkeit und Mitleid für die Bösen, die heiligsten Interessen der bürgerlichen Gesellschaft, ja die ganze Existenz derselben auf's Spiel setzen.

Solche afterfilantropische Gesetzgeber beachten niemals das, was das wahre Volksinteresse fordert, und mit was man dem Volke eine Wohlthat erweisen könnte, sondern all' ihr Trachten und ihre ganze Sorge kulminirt in der Frage: Was ist populär? Jene berüchtigte Prozeßordnung, in Folge welcher, wie neulich Jemand bemerkte, „der arme Mann nicht im Stande ist, Gerechtigkeit zu suchen“ illustriert dies hinlänglich genug.

Um das unlängbare Fiasco zu maskiren oder theilweise zu beschönigen, welches die praktische Thätigkeit Horváth's ereilte, behaupten nun viele, daß er vorwiegend Theoretiker sei.

Jedoch auch das ist grundfalsch. Seine theoretischen Kenntnisse sind weder gründlich noch ausgedehnt genug, damit er die verschiedenen, auf bestimmte Grundsätze aufgebauten Systeme gehörig erfasse und Ein oder das Andere derselben sich angeeignet hätte. Für ihn war nur ein einziger Standpunkt maßgebend, ob nämlich dies oder jenes ja oder nein unter die Rubrik: „Zeitgedanken“ „Forderung der Zeit“ und wie alle die schillernden Schlagworte heißen — rangirt? Die Jury z. B. ist ein solcher „Gedanke“ nicht minder: das mündliche Prozeßverfahren! Also nur rasch vorwärts! man muß beide auch in Ungarn einführen mögen die Folgen davon auch noch so ernste Gefahren, uoch so zwerchfellererschütternde Ueberheiten sein. — Es ist noch ein wahres Glück, daß Freund Bodi mit keinem einzigen seiner großen Reformpläne fertig werden konnte.

Wenn nun die zahllosen Fehler und die Impotenz des Ministers ihren Grund darin gehabt hätten, daß er den demokratischen Prinzipien — wenn vielleicht auch mit einseitiger Schonungslosigkeit — den Sieg hätte verschaffen wollen, so ließen sich seine Mißgriffe wenigstens auf prinzipiellen Boden zurückführen, und sein Sturz wäre mit einer gewissen tragischen Größe mit dem Nimbus der Prinzipientreue und dem Ruhme: Großes gewollt und gewagt zu haben, verbunden. Wir würden zwar auch dann seine Richtung verdammt haben, allein gleichzeitig hätten wir die Energie seiner Entschlossenheit, die Festigkeit seiner Ueberzeugung achten müssen.

Alein, alles was Horváth that und was er unterließ, geht Hand in Hand mit der totalen Verläugnung seiner angeblich demokratischen Grundsätze. Unser Demokrat paktirte fort und fort mit Allem und Jedem, und gab am Ende immer nach. Er beugte sich jedem Einfluß; dem der Kameradrie, dem Lächeln eines Vornehmen, dem Buhlen mit dem politischen Gegner, den im Ministerrath laut gewordenen Wünschen, dem Machtgebote Deák's — gleichviel, er war stets und immer:

Allerunterthänigster Knecht,
Mir ist alles Recht!

Baltasar Horváth war im Verlaufe seiner vier einhalbjährigen Ministerschaft — die ersten Monate ausgenommen — ewig unzufrieden, er rasonirte in einemfort über Andrassy, über Deák, über die Partei — seine Stellung fühlte er immer unbequem, und schon geraume Zeit hindurch unhaltbar; deshalb verkündete er denn auch auftritt er Schritt seine Absicht, zu demissioniren, allein er vermochte dieselbe nicht zu rechter Zeit zu verwirklichen, d. h. bevor noch der Glaube an seine Fähigkeiten gänzlich in die Brüche gegangen war. Hej! dieses parlamentarische Ministerhandwerk ist eben auch nur für große Herren oder für einen Cato oder gar Diogenes geschaffen, für einen modernen Demokraten aber, taugt es absolut nichts. — Denn der moderne Demokrat hat vornehme Reigungen, er besitzt regen Sinn für alle sinnlichen Genüsse, er gewöhnt sich sehr leicht und rasch an alle Bequemlichkeiten, die eine hohe, gesellschaftliche und politische Stellung bieten, daneben liebt er aber auch seine Familie und wünscht derselben eine materiell reichlich gesicherte Lage zu verschaffen. Nun ist jedoch die parlamentarische Ministerschaft ein sehr prekäres Brod, wenn es überhaupt ein solches ist, man muß es gewöhnlich aufgeben, bevor man sich noch recht daran satt gegessen hat. Ausnahmen gibt es natürlich auch hier, in welchen dem Minister die gebratenen Geldtauben sozusagen in den Mund fliegen, so daß er fast ohne zu wollen reich wird. . . .

Alein Horváth als Justizminister gehörte nicht zu diesen Ausnahmen; kein erhebliches Plus beschwerte seine Kasse.

Unter solchen Verhältnissen im richtigen Zeitpunkt das Ministerportefeuille hinzuworfen, dazu gehört vor Allem Charakterstärke und Mannesstolz; Stahl in den Sehnen, nicht aber jene wässrige Sentimentalität, mit welcher z. B. unser Held, als ihm Irányi den lächerlichen Vorwurf machte, daß er Vöförményi getödtet habe — einen Vorwurf, welchen ein Palmerston höchstens mit einem Witz abgethan hätte — damit beantwortete, daß er schluchzend dem Hause und Vaterlande klagte, wach' ungeheures Opfer er dem Lande bringe, daß, seitdem er Minister sei, er nicht einmal so viel Zeit habe, um mit seiner treuen Gattin zu tändeln und die Erziehung seiner vielen Kinder zu überwachen — daß der einzige Beweggrund — selbst sein häusliches Glück zu stören, die Vaterlandsliebe und die Erkenntniß dessen sei, zu wach' unersehbarem Schaden es dem Lande gereichen müßte, wenn er sein Portefeuille niederlegen würde!

Endlich reichte er doch sein Demissionsgesuch ein. Er that es, als ihn Niemand mehr zur Zurücknahme desselben bat, als keine Seele mehr seinen Rücktritt beklagte, Niemand sein Verschwinden vom Ministerstuhl für einen öffentlichen Verlust hielt und als seine wahren Freunde nur Eine das bedauerten, daß er so spät demissionirte.

Das heißt streng genommen trat er eigentlich weder zu spät noch zu früh, sondern gerade im rechten Zeitpunkte ab; im Momente nämlich, in welchem ihn der Verwaltungsrath der Bodenkreditanstalt zum Präsidenten erwählte. Eine recht nette Einkünfte das, mit welcher — außer den Lantienem — 12,000 fl. fixer Gehalt und 2000 fl. Quartiergeld verbunden waren, und welche in den „verfräglichsten“ Zeiten drei, viermal so viel eintrug, als der Ministergehalt.

Na, der Demokrat muß ja schließlich auch leben! Indef erklärte der neue Präsident gelegentlich seiner Demission ganz kategorisch, daß er den geheimen Rathstitel nicht annehme. Pure demokratische Komödie, denn privatim und namentlich in den diversen Verwaltungsrathsitungen — unser Mann war mittlerweile Präsident oder Verwaltungsrath noch einiger Banken und Bahnen geworden — ließ er sich von seinen getauften und ungetauften jüdischen Collegen, wie überhaupt in jedem Kreis mit: Erzellenz hin und mit Erzellenz her tituliren.

Von da an beginnt die neue Aera Horváth's. Auf politischem Felde verstummt, sah er unthätig und lautlos zu, was im Parlamente geschieht, welche Regierungsmänner kommen und gehen. Ja, seine Gleichgültigkeit für alle öffentlichen Angelegenheiten ging so weit, daß er im Abgeordnetenhaus selbst bei Verhandlung juridischer Sachfragen hartnäckig schwieg und sitzen blieb, mit einem Worte: für's öffentliche Leben war Freund Valtthasar verloren.

Er schwieg also, und auf die nun geschlossene Tempelpforte seiner früheren ideal-behnen Bestrebungen schrieb er jetzt das kurz bedeutungsvolle Motto:

„Make Money!“

Und siehe da, auf dieser neuen Laufbahn entwickelte er eine ganz unerwartete Energie, einen eminent praktischen Sinn. „Nicht einen Kreuzer läßt er sich entschlipfen“ — sagte mir einer seiner gewesenen, alttestamentarischen Collegen — „Er versteht es sogar besser wie unsereins!“

Wir haben gar nichts dagegen. Zwar möchten wir es lieber sehen, wenn der Herr Erminister durch productive Arbeit sich Schätze sammeln würde, allein nachdem schließlich das schwindelhafte Gründergewerbe heut zu Tage in hohen und niederen Kreisen sanctionirt und als ganz unverfängliche Art des Reichwerdens acceptirt erscheint, nehmen wir es keinem unserer Landsleute auch nur im Geringsten übel, wenn er auch auf diesem Wege sich bereichert. Es ist an der Zeit, daß auch wir — praktisch werden.

Allein was unsere Antipathie herausfordert, und uns veranlaßt hat, in diese Charaktereizze auch einige solcher Einzelheiten mit einzuschleichen, die uns sonst hartgefühl verschweigen hätte lassen — das ist jene Scheinheiligkeit, die übrigens bei unseren großen Männern schon längst in Mode ist, — jener heillo'se Humbug, in dem besonders unsere sog. „Volksmänner“ excelliren, dem zu Folge sie in der Deffentlichkeit ganz anders scheinen wollen, als

sie in Wirklichkeit in ihren vier Mauern sind. Anders sind diese modernen Phariseer, wenn sie stolz die Toga um die Schultern, auf dem Forum erscheinen, und wieder anders zu Hause im warmen Schlafrock gehüllt.

Was Herrn Horváth betrifft, so hat er sein Ziel erreicht, er ist jetzt ein vermöglicher Mann.

In seinen müßigen Stunden jedoch erwachen von Zeit zu Zeit wieder politische Sportgelüste. — Man erzählt, daß, wenn das Krokodil sich satt gefressen, es sich gern an's Ufer wälzt, um sich zu sonnen, an den Sonnenstrahlen der Popularität.

Nach einem kopiosen Mahl gaukeln oft netische Traumgebilde unserer Erminister sein eigenes werthvolles Ich vor, wie's im Verein mit seinem Freunde Gorove an der Spitze einer nicht existirenden liberalen Partei steht. Ein halb Duzend ehrgeiziger Zwerggestalten umsummt die Weiden, in der Erwartung, durch ihre Zuthat ein oder das andere — bis dahin wie immer auch zerstücktes Ministerportefeuille zu erhaschen.

Sogar auf eine Probe ließ es in allerjüngster Zeit Freund Bodi ankommen, ob es denn wirklich gänglich aus und vorbei mit dem einstigen Zauber seiner liberalen Fraeseologie sei?

Um Himmels Willen Bererthester, jagen Sie uns doch nicht Angst mit ihrem posthumen Liberalismus ein!

Das war noch gut genug im Frühlingjahre 1867, wo man jedes Ihrer Worte für baare Münze nahm, und Ihrer großen Thaten harrete. Heute jedoch, im Jahre 1874 sind Sie nunmehr einer derjenigen, die durch ihre kostspieligen Organisationen und unpraktischen Schöpfungen, gar gewaltig zu jenem Fiasko beitrugen, aus welchem heute nicht 21 einfache Sterbliche, sondern selbst 21 Erzengel kaum im Stande sein dürften, uns herauszuwinden, und den Credit der Regierung, des Parlaments, ja unserer nationalen Selbstverwaltung wieder auf die Beine zu helfen!

Herr Horváth hat seine politische Laufbahn total vollendet, rühmlich zwar allerdings nicht, aber endgiltig.

Möge er deshalb nur bei seinem neuen Beruf bleiben: Make money!

Meteorologische Beobachtungen vom 23. Januar.

Zeit	Barometer stand bei 0 m. in Millimeter	Temperatur nach Celsius	Windrichtung in Millimeter	Windstärke in Prozenten	Windrichtung und Stärke in Stunden	Wetter und Menge der Schneefall, Regen, etc. in 10 Minuten
7 U. M.	751.49	+0.4	47	100	SW 1	S 10
2 „ M.	754.71	+4.2	40	65	SW 2	S 7
9 „ M.	758.75	+0.6	42	89	W 3	0

Nachts Nebel und Nebel. Tagsüber kreuzten sich Windströmungen aus NW. und SW. mit sofortigen Windstößen, die in den Abendstunden heftiger wurden. Großer Mandhof mit parajeterischem Kreise. — Saturn in Conj. mit der Sonne.

Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte

photographische Atelier

E. KOZICS,

nach den neuesten Verbesserungen neuerbaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Visitenkartenform bis zur Lebensgröße, Chromophotographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Farben ausgeführt, gemalte Damenköpfe mit Photographien, Briefmarken, Cigarrenmarken etc. Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

Deffentliche Anerkennung.

Am 4. d. M. erlitt ich auf meiner Domäne Urfsöld an meinen Gebäuden und Strohvorräthen einen Brandschaden in der Höhe von 7995 fl. 60 kr. ö. W.

Gleich nach erfolgter Anzeige bei der k. k. Allg. Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft in Wien, wurde dieser Schaden erhoben und ohne Verzug voll ausbezahlt.

Indem ich dieses jedenfalls correcte und schnelle Vorgehen zur allgemeinen Kenntniß bringe, unterlasse ich nicht, der genannten Gesellschaft meine vollste Anerkennung auszusprechen.

Urfsbö, am 23. Januar 1874.

Gustav Appel m. p.

als Bevollmächtigter des Grafen Anton Esterházy.

Wiener Börse vom 24. Januar.

	Geld	Waare
5proc. Papier-Rente	69.60	69.70
ditto in Silber	74.50	74.60
ungarische Grundentl.-Oblig.	76.75	77.25
Siebenbürgische	74.25	74.75
Weingebent-Abföungs-Oblig. 100 fl.	—	—
1864er Staatslose	141.25	141.75
1860er ganze	106.50	107.—
1860er Jünstel	115.50	116.—
Credit	107.—	—
4pct. Dampfschiff	91.50	92.—
Dfner	24.—	24.50
Graf Salm	32.50	33.—
„ Pálffy	22.75	23.25
„ Clary	31.—	31.50
„ St. Genois	26.—	—
„ Waldstein	22.—	—
„ Keglevich	13.—	14.—
Rudolflose	13.50	14.—
Ungar. Prämien-Anlehen	81.—	81.50
Türkenlose voll eingezahlt	47.50	48.—
Nationalbank	989	991
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	240.75	241.—
Creditb. a. u. z. 200 fl. 80pct.	135.—	135.50
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	151.—	151.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silber 40pct.	35.50	36.—
Franco-Austrian	43.25	43.75
„ Hungarian	36.—	36.50
Nordbahn 1000 fl.	2084	2088
Staatsbahn	337.—	338.—
Lemberg-Gzernowitz-Jassy	142.—	143.—
Ung. Nordostbahn	—	105.—
Ung. Ostbahn	52.—	52.50
Siebenbürg. Bahn	—	—
Ungar. Eisenbahnanlehen	98.25	98.50
Hand-Ducaten	5.36	5.37
Napoleon'sdor	9.04	9.05
Silber	107.90	108.10

Pályázat

az Eperjes sz. kir. városi r. kath. egyháznál üresedésben lévő orgonász- és egyik kántori állomásra:

1. A „generalbass“ mely hanyban beavatott orgonász- mint egyszerű karigazgató — évi illetménye: 500 f. o. é. lakbér 50 f. — tüzi fa 5. b. öl, és alkalmi mellék járulékok.

2. A szak-képzett jó hanyu kántor javadalma: 400 f. o. é. lakbér 50 f. tüzifa 4. bécsi öl, stola- és egyéb járulékokban mintegy 200—250 f.; ez utóbbi azonban egy második kántor választása esetében megosztandó léssen.

Megfelelő zene, ének, és szertartási ismeretek mellett, pályázati előny: az elemi tanképesítés, és az itt divó nyelvek közt jelesül a magyar tudása.

Szolgálaton kívül mindkettőnek kedvező jövedelmi forrás nyílik a zene és ének magán tanításában.

Pályázati záridó — felvételi vizsgát pótló egy próbaév kikötésével — f. é. Február 28-ka

Az éleskört, és illetőleg vallást, szak-képzettséges, eddigi alkalmazást, és erkölcsi viseletet igazoló hiteles okiratokkal felszerelt — egy vagy más állomásrai — folyamodványok, fenti zárnapiig, alólirotthoz személyesen vagy posta úton benyújtandók.

Eperjes (Sáros) 1874 Január 17-én.

Az egyházképviseleti választmányból:

Plotónyi Endre,
apát pleb.-elnök.